

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend „Politische Bildung“ in Schulen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- eine konkretere Verankerung der verfassungsgesetzlich bundesstaatlichen Grundordnung und deren gesellschaftliche Bedeutung in den Lehrplänen vorgenommen wird,
- eine bessere Darstellung und Erläuterung des Konzepts der Gemeinden, Länder und des Bundes im Sinne des bundesstaatlichen Prinzips in den Schulbüchern berücksichtigt werden,
- eine Erweiterung der Gutachterkommission im Bereich der Unterrichtsmaterialien vorzunehmen ist und
- diese Anregungen auch in der Lehrerbildung Ansatz finden.

Begründung

Mit der Senkung des Wahlalters haben junge Menschen bereits ab dem vollendeten 16. Lebensjahr die Möglichkeit, bei einer Wahl ihre Stimme abzugeben und sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Aus diesem Grund ist es pädagogisch umso wichtiger, dass Schülerinnen und Schülern der Umgang mit Politik durch eine lebensnahe Vermittlung nationaler und internationaler politischer Systeme und demokratische Entscheidungsfindungsprozesse im Unterricht näher gebracht werden. Dadurch kann ihnen geholfen werden, gesellschaftliche, historische und politische Zusammenhänge zu erkennen und ein politisches Bewusstsein zu schaffen.

In den meisten Schulbüchern die für das Schulwesen verwendet werden, wie „Geographie und Wirtschaftskunde“ und „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“, werden die föderale

Grundordnung Österreichs und die Aufgaben der Gemeinden und Bundesländer kaum abgebildet und somit oft zu wenig vermittelt. Doch gerade die Gemeinde- und Landesebene sind ausschlaggebend für unsere Schülerinnen und Schüler, da deren Teilnahme am politischen Geschehen unmittelbar möglich wäre. Diese Abbildung in den Lehrbüchern ist keine Unvollständigkeit der Autorinnen bzw. Autoren, es liegt vielmehr an der Ausgestaltung der Lehrpläne. Darin sind zwar Hinweise auf Bundes-, Landes- und Gemeindegremien enthalten, jedoch sind diese für die Autorinnen und Autoren nicht ausreichend bestimmt, damit sie sich einen übersichtlichen und zusammenhängenden Erklärung der grundlegenden Funktionalitäten von Ländern und Gemeinden widmen.

Das Ziel der politischen Bildung sollte sein, dass unseren Schülerinnen und Schülern das österreichische politische System auf allen Ebenen, die österreichischen Parteienlandschaft und die Stellung Österreichs im europäischen und internationalen Kontext nähergebracht werden. Aus diesem Grund ist eine Darstellung in Schulbüchern notwendig, damit diese Inhalte nachhaltig im Unterricht verankert werden können.

Der Bereich „Politische Bildung“ ist besonders sensibel, daher ist eine Erweiterung der Gutachterkommission vorzunehmen. Beratende Experten, entsendet durch jede im Nationalrat vertretende Parteien, können für mehr Vertrauen der einzusetzenden Unterrichtsmaterialien sorgen.

Zudem soll auch das Fach „Politische Bildung“ in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung stärker berücksichtigt werden. Dies würde unseren Lehrenden helfen, politische Bildung möglichst lebensnah, aktuell und wertfrei zu vermitteln.

Linz, am 16. Juni 2020

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stanek, Kirchmayr, Dörfel, Ecker, Raffelsberger, Rathgeb, Csar, Hattmannsdorfer, Manhal, Höckner, Aspalter

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr